

Erklärung Johanna-Ruß-Schule e.V.

Der Vorstand des Johanna-Ruß-Schule e.V. als Träger der Johanna Ruß Schule erklärt:

Die Johanna-Ruß-Schule befindet sich seit der Corona-Pandemie in einer Phase der Neuorientierung. Während der Pandemie sind zunehmende Differenzen innerhalb der Mitarbeitenden über den richtigen Umgang mit den Coronaschutzmaßnahmen (insbesondere Maskenregeln) aufgetreten. Diese haben sich zu einem Konflikt zunächst innerhalb der Mitarbeiterschaft, später zwischen Teilen des Kollegiums und dem Vorstand des Trägervereins entwickelt.

Im Zuge dieser Entwicklungen sah sich der Vorstand veranlasst, das Arbeitsverhältnis mit drei Mitarbeitenden zu beenden. Aus Protest gegen die zunächst ausgesprochenen Kündigungen hat eine Elterninitiative wiederholt Rücktrittsforderungen an den Vorstand des Trägervereins gestellt. Die Vertreter:innen der Elterninitiative sind dem Vorstand nicht namentlich bekannt, da sie bisher gegenüber dem Vorstand anonym agieren. Weiterhin fordert diese Initiative, dass die gekündigten Mitarbeiter:innen weiter beschäftigt werden.

Der Vorstand wird der Rücktrittsforderung nicht nachkommen. Er ist vielmehr der Überzeugung, dass die Johanna-Ruß-Schule nur dann überleben kann, wenn der begonnene Weg der Aufarbeitung des Coronageschehens und der Reform des Trägervereins konsequent fortgesetzt wird. Er hat zu seiner Beratung externe Fachkompetenz u.a. durch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnberg hinzugezogen.

Ein Teil des Kollegiums stand und steht diesem Weg kritisch bis ablehnend gegenüber. Im Zentrum steht auch für diesen Teil des Kollegiums die Weiterbeschäftigung der ausgeschiedenen Kolleg:innen.

Dieser Forderung kann der Vorstand aber nicht nachkommen, er sich mit den gekündigten Arbeitnehmer:innen mittlerweile auf die Beendigung der Arbeitsverhältnisse geeinigt hat.

Der Vorstand hat im Sinn einer konstruktiven Auseinandersetzung zunächst mehrere Anläufe unternommen, um eine gemeinsame Gesprächs- und Arbeitsebene auch mit den radikalisierten Teilen des Kollegiums und der Elternschaft herzustellen. Dazu hat er verschiedene Mediatoren hinzugezogen, die aber mit dem Versuch einer Vermittlung gescheitert sind.

Um eine ordnungsgemäße Unterrichtung und Beschulung der Schülerinnen und Schüler im Sinn der Waldorfpädagogik zu gewährleisten, waren die getroffenen Maßnahmen alternativlos. Der Vorstand wird auch weiterhin alle in diesem Sinn erforderlichen Maßnahmen treffen.

Neben der genannten Kritik erhält der Vorstand überwiegend Unterstützung und Zuspruch.

Der Schulträger steht im Austausch mit dem Bund der Freien Waldorfschulen. Dieser hat signalisiert, dass er bei erfolgreicher Fortführung der begonnen Schritte vom Ausschluss der Johanna-Ruß-Schule Abstand nimmt.

Der Vorstand legt Wert auf die Feststellung, dass die Tür zu einer konstruktiven Zusammenarbeit allen Mitarbeitenden und Eltern offensteht, die eine rückhaltlose Aufarbeitung der Vorgänge während der Coronazeit mittragen und die sich zum Ziel einer transparenten und demokratischen Schulstruktur bekennen.

Robert Domajnko
Hans-Jörg Zeig
Dietmar Dücker
Guido Gödekke